

**Regierung entscheidet:  
Guerrilleros werden aus dem Gefängnis entlassen, um Freilassung Entführter zu erleichtern**

(El Tiempo vom 12.5.07)

Der Friedenskommissar der Regierung Luis Carlos Restrepo gab bekannt, man suche nach legalen Wegen, um eine dementsprechende Initiative zu konkretisieren.

Die Nachricht wurde publik, als das Land darauf wartete zu erfahren, wie die Gespräche der Regierung mit dem ELN (zweitgrößte Guerrillabewegung in Kolumbien, A.d.Ü.) vorankommen, die in Kuba stattfinden.

Präsident Alvaro Uribe hatte die Idee schon früher geäußert. Restrepo sagte, der Präsident habe Anweisung erteilt, sich mit den beteiligten Behörden zu verständigen, um ein solches Verfahren innerhalb des bestehenden rechtlichen Rahmens beschleunigt durchzuführen.

Vor ihrer Freilassung und während die Regierung die entsprechenden rechtlichen Verfahren im Detail festlegt, könnten die Gefangenen an einen speziellen Ort gebracht werden, der unter Aufsicht der Kirche stehen soll, so Restrepo.

Schon im Oktober 2004 hatte Uribe einen ähnlichen Vorschlag gemacht, allerdings war damals die Zahl der freizulassenden Guerrilleros begrenzt: Es sollten als Geste guten Willens nur 15 sein. Heute dagegen sollen es alle sein, deren Freilassung das Gesetz zulässt. In diesem Sinne ist die individuelle Schuld jedes Gefangenen zu bewerten, z.B. ob er wegen besonders grausamer Verbrechen verurteilt wurde.

Gleichwohl fügte der Kommissar hinzu: „Wir wollen, dass dieser Schritt wirklich ein Zeichen setzt. Das ganze Land weiß um die gesetzlichen und verfassungsrechtlichen Beschränkungen, die bestehen, vor allem was die Art der begangenen Verbrechen anbelangt. Aber in diesem Moment sollen auch Personen ihre Freiheit wiederbekommen, die in der FARC wichtige Posten hatten. Wir werden weder die Zahl noch die juristische Situation derer beschränken, die in Freiheit kommen könnten“.

Alles wird beginnen mit einer Serie von Besuchen in Gefängnissen. Parallel dazu werden die Aktivitäten der Vermittlerländer Spanien, Frankreich und Schweiz weiter geführt, um einen eventuellen Gefangenen austausch zu organisieren.

Die Regierung präsentierte ihren Vorschlag als Friedensgeste, auf die eine ebensolche der FARC erwartet wird.

Aber sicherlich wird die einseitige Entlassung einer großen Zahl von Insurgenten es der FARC schwer machen, nach wie vor einen Gefangenen austausch zu verlangen.

Der Druck seitens der FARC wird zugunsten von „Sonia“ und „Simon Trinidad“ ausgeübt werden (FARC-Kommandanten, die von Kolumbien an die USA ausgeliefert wurden, A.d.Ü.), die in den USA in Haft sitzen und die bisher nie in Erwägungen über einen Gefangenen austausch einbezogen waren, weil sie der Justiz eines anderen Landes unterstehen.

Uribe bekräftigte gestern zudem, dass ein humanitäres Übereinkommen in keinem Fall weder die Räumung von Territorien durch die Staatsmacht noch die Rückkehr freigelassener Guerrilleros in die Kampfverbände der FARC einschließen könnten.

Der mexikanische Botschafter in Kolumbien, Mario Chacón, dementierte die gestern von der mexikanischen Zeitung „El Universal“ verbreitete Nachricht, wonach Nachrichtendienste Kolumbiens Untersuchungen darüber anstellten wegen vermuteter Verwicklungen eines linken Nachrichtenmagazins und einer Universität in Aktivitäten zugunsten der FARC.

Nach diesen Meldungen vom 11. März 2007 sollen bei einem Solidaritätstreffen „zugunsten des Kampfes des kolumbianischen Volkes“ Vereinbarungen zur Unterstützung der FARC getroffen worden sein, was Anlass zu den kolumbianischen Ermittlungen gewesen sei.

Botschafter Chacón versicherte, zwischen beiden Ländern herrsche eine gute Zusammenarbeit, die jedoch auf dem gegenseitigen Austausch von Informationen basiere.